

Sofortinformation über die Videokonferenz des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 12. März 2022

Der Bundesausschuss kam am 12. März zu seiner konstituierenden Sitzung in Form einer Videokonferenz zusammen. Da aufgrund der Corona-Pandemie in einigen Landesverbänden noch keine neuen Mitglieder gewählt werden konnten, beschloss die Versammlung, die Wahlen für das Präsidium und die Verabschiedung der Geschäftsordnung auf die Juni-Sitzung zu verschieben. Ebenso verständigte sich der Bundesausschuss auf eine eintägige Beratung, um allen Mitgliedern die Teilnahme an den Friedensdemos am Sonntag zu ermöglichen.

Die Diskussion zur aktuellen politischen Situation stand ganz im Zeichen des Ukraine-Krieges. Jörg Schindler berichtete aus dem Parteivorstand, dessen Diskussionen ebenfalls stark von der kriegerischen Eskalation geprägt war. Zudem beschäftigte sich der Parteivorstand mit den bevorstehenden Landtagswahlen und aktuell-politischen Fragen, wie beispielsweise der Kampf gegen den Klimawandel oder die gestiegenen Energiepreise.

Für die Europäische Linke berichtete Judith Benda über die Arbeit des EL-Vorstandes und des EL-Sekretariats. Die internationale politische Lage beherrscht auch die Arbeit der europäischen Partnerparteien. Sie berichtete zudem von den vergangenen und bevorstehenden Wahlen z.B. in Portugal und deren Konsequenzen für die Zusammenarbeit in der EL. Judith Benda warb für die No Pasaran Konferenz am kommenden Wochenende, an der Online und in Präsenz (in Berlin) teilgenommen werden kann (www.die-linke.de/nopasaran). Aus den landtagswahlkampf führenden Ländern in Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein berichteten der Landesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Lukas Schön (NRW), der Landesvorsitzende Thomas Lutze (Saar) und die Kandidatin Marianne Kolter (SH). Über die Arbeit des Präsidiums informierte Edgar Zitelmann.

Im weiteren Verlauf diskutierte der Bundesausschuss ausführlich und intensiv zum aktuellen Ukraine-Krieg und verurteilte im Beschluss **»Nein zum Krieg. Ja zum Frieden. Nein zur Aufrüstung. Ja zum Waffenstillstand. Für die Stärkung des Völkerrechts, Humanität und schnelle Hilfe für die Geflüchteten«** die völkerrechtswidrige Invasion der russischen Armee und forderte einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen.

Mit Blick auf die innerparteiliche strategische Diskussion und die Auswertung der Bundestagswahlen erläuterten die Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler die Inhalte des »Kompass-Papieres«, das sie als Diskussionsaufschlag in die innerparteiliche Debatte eingebracht hatten. Jörg Schindler ergänzte in seiner Funktion als Bundeswahlkampfleiter zum Stand des Auswertungsprozesses und zu den nächsten Schritten bis zum Parteitag. Der Bericht des Bundesausschusses zum Parteitag wurde beschlossen, er wird an den Parteitag eingereicht und im Antragsheft den Delegierten zur Kenntnis gegeben.

Weiterhin verständigte sich der Bundesausschuss nach der ersten Lesung des Finanzplanentwurfs auf ein weiteres Verfahren bis zur Bestätigung des Finanzplans 2022. Die Bestätigung durch den Bundesausschuss erfolgt voraussichtlich Anfang Mai, nach Beschlussfassung des Parteivorstandes.

Die nächste reguläre Beratung findet am 11. und 12. Juni 2022 statt.

12. März 2021

Präsidium des Bundesausschusses:

Barbara Borchardt (BAG Betrieb & Gewerkschaft),

Mandy EiBing (Thüringen),

Willi van Ooyen (Hessen),

Edgar Zitelmann (Bremen)